

Ein E-Soli würde die Kosten der Energiewende fair verteilen

Die Energiearchitektur unseres Landes wird künftig überwiegend regenerativ, hocheffizient und dezentral sein, meint der Vorstandsvorsitzende der Mainova AG Frankfurt am Main, Herr Dr. Constantin Alsheimer in einem Gastbeitrag in der ZfK Juli 2012. Er sieht die Lösung der Finanzierungsprobleme in der Einführung eines Energie-Soli.

Die weltweit hocheffizientesten Stromerzeugungsanlagen konnte man bisher immer in Deutschland besichtigen, dies zu Toppen, wird wohl kaum möglich sein. So langsam erfahren die Stromverbraucher scheinbar die Wahrheit über die Kosten, die diese politisch beschlossene, aber von den meisten Fachleuten als technisch/wirtschaftlich weit überzogene Energiewende bereits in ihren Anfängen ausgelöst hat und in Zukunft in deutlicherem Maße noch auslösen wird.

Nur mit massiver Untertreibung und trickreicher Verschleierung der Mehrkosten durch gesetzwidrig ausschließliche Nennung der Nettopreise, z.B. beträgt die derzeitige EEG-Umlage für den Verbraucher nicht 3,592 ct/kWh, sondern 4,27 ct/kWh, ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der allgemein öffentlichen Diskussion vorenthalten worden. In Kürze werden es nicht nur 5 ct/kWh EEG-Belastung, sondern 6 ct/kWh mit weiter steigender Tendenz sein. Der nun ebenso listige „Energie-Soli“ Vorschlag zur Finanzierung der ausufernden Mehrkosten zu Lasten aller Strombezieher schlägt dem Fass den Boden raus.

Der Aufbau Ost war eine wirkliche Solidaritätsaufgabe für unsere Land, um die sich Deutsche Bürger über 4 Jahrzehnte der schmerzlichen Teilung redlich bemüht hatten und die auch weltweit begrüßt wurde. Die singuläre Energiewende ist das mitnichten. Zwar wird dieses Vorhaben von unseren Nachbarländern interessiert beobachtet, aber mehr unter dem fachlichen Aspekt, dass es ein Wunder wäre, wenn dieses zu bezahlbaren Stromkosten gelingen könnte. Kein Land dieser Welt ist bereit, diesem Beispiel zu folgen. Die anderen Länder tun auch gut daran, zumindest sehen die Fachleute bei uns - die bisher stets Verantwortung für unsere Energieversorgung getragen haben - das mit deutlicher Mehrheit so.

Die Basis dieser Verantwortung ist in §1 EnWG mit der Forderung: ...“eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas“ zu realisieren, gelegt. Die einzelnen Aspekte sind im Gesetz nicht alphabetisch genannt, die Preisgünstigkeit immerhin an zweiter Stelle, hinter der Sicherheit!

Der Aspekt der Verbraucherfreundlichkeit bedarf insbesondere der objektiven Information der Verbraucher über die Möglichkeiten und Grenzen denkbarer Energiemixe, eine Bringschuld der leider die Versorger immer weniger nachkommen, ja sich sogar zunehmend einer Vernebelungstaktik bedienen, wie das im Falle des Energie-Soli Vorschlags sehr deutlich wird.

Hierzu möge ein Auszug aus dem Geschäftsbericht des RWE von 1902 zu denken geben:

„Wir betrachten es im Gegensatz zu den meisten Kommunalbetrieben nicht als unsere Aufgabe, unter Ausnutzung unserer Monopolstellung in einzelnen Gemeinden bei geringem Stromabsatz großen Gewinn zu machen, sondern wir gedenken, dadurch unsere Aufgabe für uns und für die Allgemeinheit zu erfüllen, dass wir den Kommunen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung und der Industrie, zu den denkbar billigsten Preisen größtmögliche Strommengen zur Verfügung stellen“.

Der damaligen Vorstand August Thyssen (neben Hugo Stinnes) schrieb an seine Direktoren in einer Konferenzeinladung:

"Ich bitte die Herren, zur Sitzung einige Butterbrote mitzubringen, damit wir durch das Mittagessen keine Zeit verlieren".

Im Kontext dieser Historie passt die RWE-Anzeige in der Tagespresse vom 24.10.2011 mit dem Werbeslogan: „Der Preis bleibt! Viele Energieanbieter drehen an der Preisschraube - RWE nicht!

Es ist zu hoffen, dass alle Versorger wieder auf diesen Pfad der Tugend - die Preisführerschaft von unten übernehmen zu können - im Interesse aller Kunden bei einer durchaus nachhaltig erfolgreichen Unternehmensentwicklung zurück finden.

Derzeit sind weder die Verbraucherverbände, noch die Politiker aller Parteien, noch die Mehrheit Versorgungsunternehmen, an niedrige Strompreise interessiert. Deren Strategie zum vermehrten Einsatz extrem teurer Stromerzeugung aus Sonnen- Wind-, Biomasse- und kleinen KWK-Kraftwerksanlagen erfordert zur kostendeckenden Finanzierung erheblich höhere Strompreise, als dies aus zentralen Großanlagen, nicht zuletzt hocheffizienten deutschen Braunkohle- und Kernkraftwerken, möglich ist und bisher über Jahrzehnte erfolgreich realisiert wurde.

Die versorgungstechnische Wirkung der witterungsbedingt fluktuative Nichtverfügbarkeit bis zu nahezu 100 % der installierten Leistung der Wind- und Photovoltaikanlagen, mit der Folge, deren Leistungsanteil abzüglich der noch verbleibenden Kohlekraftwerke durch noch zu bauende Gaskraftwerke abzusichern, wird schlicht verdrängt.

Man geht davon aus, dass in unserer heutigen Welt technisch fast alles möglich ist, selbst die unsere Erde umkreisende ISS hat ja bekanntermaßen eine intakte Stromversorgung an Bord. Man darf allerdings nicht fragen was dort oben die kWh kostet, die dortige Stromrechnung auf unsere Haushalte angewandt würde deren gesamtes Jahreseinkommen aus beruflicher Arbeit wohl sicher übersteigen.

Die über alle Parteien des Deutschen Bundestages politisch einvernehmlich verordnete Energiewendestrategie steigert unzweifelhaft den Umsatz und damit auch die Gewinnerwartung aller Versorgungsunternehmen, zumindest solange die deutschen Stromverbraucher nicht unter der Energiekostenlast zusammenbrechen, so wie das derzeit bei den angedachten „Energie-Soli“ - Umlageempfängern - bislang sind das wohl nur die Hartz IV- Empfänger -, bereits jetzt der Fall zu sein scheint. Aber diese Gruppe wird energiekostenbedingt zahlenmäßig weiter anwachsen.

Die bereits vorgenommene stromkostenbedingte Fahrpreiserhöhung bei der Deutschen Bahn ist erst der Anfang einer neben der weiter galoppierenden EEG-Umlage zu erwartenden allgemeinen energiebedingten Teuerungswelle.

Die Akzeptanz der einzelnen Maßnahmen wird schwinden, wenn den Bürgern erst klar wird, dass mit jeder weiteren Windanlage und mit jeder weiteren Photovoltaikanlage der Strom nur teurer und die Versorgung nicht sicherer werden wird. Jede Verweigerung, die aufschiebender Wirkung entfaltet, verschiebt zwar die Erfüllung der politisch gesetzten Ziele in weitere Ferne, verhindert aber notwendige Strompreiserhöhungen und verschlechtert mitnichten unsere bisher gewohnte Versorgungssicherheit.

Unser neuer Umweltminister Peter Altmaier hat dies auch bereits erkannt und ist offensichtlich bemüht, die Zeitpunkte der Zielerreichung klugerweise in weitere Ferne zu verlagern.

Helmut Alt

Die Zukunft ist erneuerbar

MAINOVA Neue Kunden, Thüga-Beteiligung und Stromerzeugung heben das Ergebnis auf historische Höchststände.
Die Kapirollen der Energiepolitik belasten zwar, aber die Erzeugungsstrategie steht fest

Neue Ziele:
2020: 35% regenerative Energieerzeugung
2030: 50% " "
2050: 80% " "

25 % der Gesamterzeugung über KWK
Senkung Stromverbrauch um 25 % bis 2050
Reduzierung CO2 um 40% bis 2050
Aber nur: „+“ Gaskraftwerke und mehr Leitungen

Mainova-Chef Dr. Constantin H. Alsheimer hält einen Atomausstieg bis 2020 für machbar – der Konzern selbst trage der Energiewende mit einer auf erneuerbare Energien setzenden Erzeugungsstrategie Rechnung. Quelle: ZfK Juni 2011 Bild: Mainova

**Die Bezahlbarkeit des Stromes scheint da eher nachrangig von Gewicht zu sein!
Wenn alle Stromkunden das eben so sehen und bezahlen können, ist das auch ok.**